

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. Annahme von Inseraten nur gegen Vorauszahlung.

Cöln, den 25. März 1910.

Inserationspreis für die vierteljährliche Zeit 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

## Jeder Holzarbeiter,

eigenen Reihen, den Stumpf sinn und die Gleichgültigkeit besiegt hat. Nichten wir deshalb muß uns auf dem Posten finden.

der nicht dem Verbands angehört, ist ein Hindernis für das Emporsteigen seines Standes. Vollen Erfolg ihrer Tätigkeit wird die gewerkschaftlich-organisierte und ihre Rechte kämpfende Arbeiterschaft erst dann sehen, wenn sie die Gegner in den Hauptkampf hiergegen. Jeder Augenblick

**Aufklärung und unermüdlige Agitation sei unsere Parole!**

### Das Ergebnis der großen Tarifbewegung.

Wie schon an dieser Stelle in der letzten Nummer des „Holzarbeiter“ mitgeteilt, können die Verhandlungen über die Erneuerung von über 40 Tarifverträgen im Holzgewerbe für abgeschlossen gelten. Nur wenige Städte stehen aus, wo die Generalversammlungen der Kollegen oder der Arbeitgeber über die Annahme oder Ablehnung der in Berlin getroffenen Abmachungen noch entscheiden müssen. Wie auch das Ergebnis dieser Abstimmungen sein mag, an der Tatsache, daß ein großer Kampf, vermieden worden ist, dürfte das nichts ändern. Obgleich von Seiten des Arbeitgeber-Schutzverbandes von vornherein erklärt wurde, daß eine Erneuerung der Verträge nur vor sich gehen könne, wenn in allen Städten eine Einigung erzielt werde, ist heute kaum anzunehmen, daß einiger „Quittliebhaber“ wegen, der Kampf auf der ganzen Linie proklamiert wird. Der Schaden, der durch einen solchen Kampf für das ganze Gewerbe herbeigeführt würde, ließe sich durch den Grund der Nichteinigung der Parteien an einigen Orten in keiner Weise rechtfertigen.

Die Berliner Vertragsverhandlungen waren für die Arbeiterschaft Verhandlungen des Erfolges: Die Erfolge aber bedeuten einen doppelten Gewinn, da sie ohne erbitterten Kampf errungen wurden. Der erhaltene Friede bei der großen Tarifbewegung kann dabei für die Zukunft als Garantie dafür mitgeteilt, daß sich in der Zeit der aufsteigenden Konjunktur das Gewerbe in ruhiger Weise entwickelt und die Kollegenschaft voll und ganz in den Genuß der jetzt festgelegten Vorteile kommt. Freilich ist die beste Garantie stets eine gefestigte und gerüstete Organisation. Die durch die Berliner Verhandlungen für die Arbeiterschaft errungenen Erfolge sind keineswegs gering. Es würde zu weit führen, alle Einzelheiten der getroffenen

Abmachungen für die einzelnen Orte an dieser Stelle wiederzugeben. Die Kollegen mögen sich hier mit einer Uebersicht begnügen, die in großen Umrissen die Haupterfolge angibt. Aus der untenstehenden Tabelle ist ersichtlich, in welcher Weise in den Vertragsorten eine Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit vor sich geht. Eine Kommentierung der Tabelle erübrigt sich wohl. Doch sei bemerkt, daß in sämtlichen Tarifen als Ablaufstermin der 15. Februar 1913 vorgesehen ist, mit Ausnahme des Königsberger Vertrags, der bis zum 15. Februar 1914 läuft. An allen Vertragsorten tritt eine Lohnerhöhung ein, die sich zwischen 4 bis 6 Pfennig pro Stunde bewegt. Dazu enthalten auch die meisten Verträge eine Bestimmung, die die Verkürzung der Arbeitszeit vorsieht. Die Regelung des Ueberstundenwesens, der Nacht- und Sonntagsarbeit, des Montagewesens, der Akkordarbeit bringt ebenfalls nicht unbedeutende Verbesserungen. Und daß alles erreicht wurde ohne Kampf, hätte vor wenigen Wochen noch wohl kaum ein Holzarbeiter erwartet.

Vergegenwärtigen wir uns einmal den Werdegang der ganzen Tarifbewegung! Mit Friedensbetuerungen wurde sie eingeleitet. Beide Parteien (d. h. die Zentralleitungen der Organisationen) waren bereit, die Bewegung ohne Kampf zu einem Ende zu führen, wie die ersten Verhandlungen am 26. Oktober v. J. ergaben. Zweifel an der Friedensliebe der Arbeitgeber mußten indes auftauchen, als zum 12. November nicht nur sämtliche Verträge von ihnen gekündigt wurden, die bis zum 12. Februar 1910 liefen, sondern auch die, die bis einschließlich 1. April 1910 ihr Ende erreichten; insgesamt 42 Verträge mit rund 40 000 beteiligten Arbeitern. Der Plan der Arbeiterorganisationen, in etwa der Hälfte der Städte unter den alten Verhältnissen weiter arbeiten zu lassen, war damit durchkreuzt. Aber immer noch war die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens nicht geschwunden, da die Zentralvorstände vereinbarten, daß die ört-

lichen Verhandlungen schnellstens stattfinden sollten und sie ein Einigungsamt zur Erledigung aller nicht beseitigten Differenzen in Erwägung zogen. Freiherr von Verlepsh, der schon im Jahre 1908 mit so großem Geschick in Leipzig tätig war, wurde auch diesmal die Rolle eines Schiedsrichters zugedacht.

Die örtlichen Verhandlungen begannen und endeten meist schon in den ersten Beratungstagen. Selbst die „Fachzeitung“ der Arbeitgeber konstatierte Ende November, daß Zugeständnisse an die Arbeiter noch von keinem Orte gemacht seien. Dazu redete sie später „von ins Blaue geforderten Löhnen“, „ganz übertriebenen Forderungen“ usw. In Cöln erklärte die Arbeitgeber, daß an eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu denken sei, und ließen sie bei dem Beharren der Arbeiter auf ihrer Forderung die Verhandlungen scheitern. In Düsseldorf hielten die rheinisch-westfälischen Arbeitgeber eine Konferenz ab, in der zur „Förderung der Vertragsverhandlungen“ beschlossen wurde, nach Weihnachten alle entbehrlichen Holzarbeiter zu entlassen. Ebenso wie in Cöln scheiterten auch in Görtitz alle Verhandlungen an der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Die Hildesheimer Arbeitgeber waren so gnädig, die Verlängerung des alten Vertrages ohne jedwede Verbesserung für drei Jahre vorzuschlagen.

Dann kam jene denkwürdige Versammlung der Ortsvertreter der Arbeitgeber in Berlin, die das Einigungsamt unter dem Vorstehe eines Unparteiischen ablehnte, und trotz alledem war in den einzelnen Vertragsorten vor sich gegangen, der schnellsten Fortgang der örtlichen Verhandlungen forderte.

Ein derartiger Beschluß war für unsere Kollegen nach den bisher gemachten Erfahrungen aller Grund, zum Kampfe zu rufen. Nachdem der Beschluß unseren Verhandlungsführern durch eine Extraausgabe des Organs zugestellt war, setzten die Rüstungen ein. Die Lohalsbeiträge wurden erhöht und namhafte Extraleistungen an die Hauptkasse abgeführt. Und als am 13. Januar die Arbeitgeber in Düsseldorf beschlossen, keine Verkürzung der Arbeitszeit unter 54 Stunden zuzugehen, keinen Mindest- oder Durchschnittslohn im Vertrage festzulegen und noch viel weniger eine Lohngarantie bei Akkordarbeit zu leisten, da kamen die Rüstungen unserer Kollegen erst recht in Fluß. In gleicher Weise wie unsere Verbandsmitglieder benutzten auch die Mitglieder des sozialdemokratischen und D. D. Verbandes Opferwilligkeit. Erinnert sei nur daran, daß im sozialdemokratischen Verbands am 1. Januar ein Extrabeitrag von 10 Pfg. und ab 1. Februar ein solcher von 20 Pfg. pro Woche zugunsten der Hauptkasse erhoben wurde. Eine derartige Opferwilligkeit, wie sie von den Holzarbeitern diesmal vor einem Kampfe befundet wurde, ist in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung wohl noch nicht zu verzeichnen gewesen.

Daß die Rüstungen nicht fruchtlos waren, lehrt uns der fernere Verlauf der Bewegung. Eine erneute Aussprache zwischen den Organisationsvertretern brachte nach der Ablehnung des Schiedsgerichts durch die Ortsvertreter der Arbeitgeber das Ergebnis, daß die Verhandlungen über die Erneuerung der Verträge zwischen den örtlichen Parteien in Gegenwart der Zentralvorstände in Berlin fortzusetzen seien. So kam dann endlich der von den Ortsvertretern der Arbeitgeber so „festgerannte Karren“ wieder ins Geleise.

Nach fast zwölfwöchentlichen angestrengten Beratungen wurde in Berlin für die in der Tabelle verzeichneten Orte sowie für Stargard und Bernau eine Einigung erzielt. Vier Orte sandten keine Vertreter nach Berlin, da sich inzwischen die Parteien an Orte selbst geeinigt hatten. Nur in Posen und München nehmen die Verhandlungen am Orte z. Zt. noch ihren Fortgang.

Vertragsgebiet	Lohnerhöhungen pro Stunde und Arbeitszeitverkürzungen pro Woche.				Während der Vertragszeit		
	Jahr 1910	1911	1912	1913	Freigeit der Etdlohn	Wird die wöchl. Arbeitszeit verk.	um auf Etd. Etd.
Bayern	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.	—	5	54
Berlin	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	M	4	58
Bremen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2 + 2 St.	1 1/2 = 1 1/2	—	D	5	55
Danzig	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.; 1/10 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 St.	D	5	47
Düsseldorf	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	60
Ober- u. Nieder-Schlesien	1 1/2 = 2 1/2; 1/10 = 1 1/2 + 1 St.	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	5	4
Ostpreußen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	D	4	48
Pommern	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	M	5	48
Preußen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 St.	M	5	45
Rheinland	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 St.	D	4	45
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 St.	D	5	46
Sachsen-Anhalt	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 St.	M	6	60
Schwaben	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	M	5	35
Westfalen	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	58
Württemberg	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	M	4	62
Bayern	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	D	5	45
Brandenburg	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	54/60
Mecklenburg	1 1/2 = 2 1/2 u. 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	49
Preußen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	—
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	48
Sachsen-Anhalt	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	48
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	M	4	42
Brandenburg	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	M	4	42
Mecklenburg	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	M	4	47
Preußen	1 1/2 = 2 1/2; 1/10 = 1 1/2 u. 1 St.	—	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	—	M	4	47
Sachsen	1 1/2 = 2 1/2 u. 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	D	5	46
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	44
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	44
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	57
Königsberg	1 1/2 = 2 1/2 u. 1 St.	1 1/2 = 2 1/2 u. 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.	—	6	3
Hildesheim	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2 u. 1 St.; 1/10 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	5	47
Hannover	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 2 1/2 + 1 St.	—	D	5	57
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	D	4	54 1/2
Sachsen	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	D	4	43
Sachsen	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2 u. 1 St.	1 1/2 = 1 1/2	—	M	5	58
Sachsen	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	1 1/2 = 1 1/2 + 1 St.	—	D	4	50
Sachsen	1 1/2 = 2 1/2	1 1/2 = 1 1/2	—	—	D	3	47

# Tausende und Abertausende Holzarbeiter stehen der Organisation noch fern

Verüchtigt man den großen Widerstand, den die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeiter gegenüberstellen, so sind die uns durch die Verhandlungen gebotenen Zusicherungen sehr erfreulich. So haben Köln, Düsseldorf und Barmen trotz der Gegnerschaft der Arbeitgeber ihren Durchschnittslohn und die Arbeitszeitverkürzung. Ebenso ist für Köln eine halb völlige Garantie des Stundenlohnes bei Akkordarbeit gewährt. Die Montagezulage, die die Vorläge der Arbeitgeber zu kürzen vorzäh, ist von 2,50 Mark auf 2,60 Mark für die ersten 6, und auf 2,75 Mark für die weiteren Tage erhöht worden. Mehrliche Verbesserungen wurden auch für andere Städte erreicht, ohne die immerhin ansehnliche Erhöhung der Stundenlöhne. Zum Verbandstage wird jedenfalls eine Sammlung der Verträge, die der Verband abgeschlossen hat, in Broschürenform erscheinen.

Das für diesmal über das vorliegende Ergebnis der Vertragsverhandlungen. Unzweifelhaft haben die Holzarbeiter gut dabei abgeschnitten. Was nach Lage der Verhältnisse zu erringen war, ist auch errungen worden. Die Organisation hat sich wieder einmal als die beste und einzigste Interessenvertretung der Holzarbeiter bewährt. Für ihre Festigung und ihre weitere Ausbreitung unermüdet tätig zu sein, muß daher als Ehrenpflicht eines jeden Kollegen gelten. Warum aber die Erfolge erzielt wurden und welche Lehren sich für uns aus der jetzt fast abgeschlossenen Tarifbewegung ergeben, darüber in einem weiteren Artikel.



## Vor einer neuen Hochkonjunktur.

Das heißt der Winter noch so sehr mit trübigen Gedanken, das freut er es und sogar mehr, es nach der Frühling werden.

Wie in der Natur der Frühling den rauhen unfreundlichen Winter ablöst, so bereitet sich auch gegenwärtig im deutschen Wirtschaftsleben eine Umwandlung vor, die den deutschen Arbeiterstand mit Frühlingssorgen und prosperischen Hoffen auf Besserung seiner Lebenslage erfüllen kann. Es ist unübersehbar, daß das deutsche Wirtschaftsleben in jüngerer Zeit eine kräftige Belebung erfahren hat, daß wir uns am Vorabend einer neuen Hochkonjunktur befinden. Mehr denn zwei Jahre hindurch hat das deutsche Wirtschaftsleben im Zeichen des schlechten Geschäftsganges, der wirtschaftlichen Krise. In jähbarer Weise haben die Arbeiter die Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Depression zu spüren bekommen. Arbeitslosigkeit, Feierlichkeiten, Lohn- und Akkordabzüge, sowie sonstige Verschlechterungen unserer Lebenslage, waren vielfach das Los, welches uns in den beiden letzten Jahren getroffen. Nahe, winterliche Stürme haben uns nicht nur wehen da und dort verweht, heute noch nach, jedoch Frühling wird im Wirtschaftsleben, die Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwunges treten mit zunehmender Deutlichkeit in die Erscheinung.

Diese erfreuliche Tatsache ist für den gesamten Arbeiterstand von gewaltiger Bedeutung, wannmehr heißt es — handeln! Die kommende Zeit der Hochkonjunktur muß uns vereint, gekämpft und heldenhaft auf dem Felde haben in der Wahrung und Vertretung unserer Rechte und Interessen.

Stehen wir vor einer neuen Hochkonjunktur? Zweifellos! Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung der drei wichtigsten Jahnmeilen der Welt, Amerika, England und Deutschland, zeigt, daß eine Besserung allenthalben eingetreten hat.

Die Krisis der Jahre 1908 und 1909 war eine internationale. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika zeigte dieselbe zuerst ein gegen Ende des Jahres 1907. So die Hochkonjunktur durch ihren Zusammenbruch erlebte, hat die Krise auch jetzt wieder einen neuen Aufschwung nehmen müssen.

Die Eisenindustrie der Vereinigten Staaten ist seit mehreren Monaten in ihrem Aufschwung begriffen. Der amerikanische Gesamtprodukt, der Leistung des Jahres 1908 keine Produktionsleistung bis auf 13 Prozent reduziert, hatte im September des Jahres 1909 bereits wieder 95 Prozent seiner höchsten in Betrieb. Ein weiterer Anzeichen für den Aufschwung zum Besseren ist ferner die Tatsache, daß seit dem Monat März 1908 die Forderungen der amerikanischen Arbeiter in Amerika fast völlig. Einzelne Werke vergrößern ihren Betrieb, da sie nicht ganz leeren können.

Das wirtschaftliche Leben Englands hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 gleichfalls andauernd erholt. In der Eisen-, Stahl-, Maschinen- und Schiffbauindustrie tritt insbesondere der neue Aufschwung der sich zu Tage. Die Arbeiterverhältnisse der englischen Arbeiterverbände weisen seit August 1909 eine sehr deutliche Besserung des Arbeitsniveaus auf.

Wie liegen die Dinge in Deutschland? Untrüglich macht sich auch hier ein Aufschwung zum Besseren geltend. Dies zeigt sich zunächst an der Verbesserung des Arbeitsniveaus. Bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, jenseitig bei der Beschäftigung an den „Arbeitsamt“ angeschlossenen Werken, bezogen auf je 100 offene Stellen Arbeitslose:

1908	1909	
Januar 132,4	128,9	nur 45,5
November 210,6	196,6	weniger 41,0

Im Februar 1909 war also der tiefste Stand erreicht, während eine kräftige Besserung in den Herbstmonaten sich geltend machte. Im Vergleich zum Monat Januar betrug im Oktober die Zunahme der Beschäftigtenzahl in Rheinland-Westfalen 76 655 oder 8,4%; in Schlessien 42 261 oder 16,8%; im Königreich Sachsen 56 740 oder 9,8%. Trotz Einstellung dieser Arbeitskräfte haben sich in den genannten Gebieten im Verhältnis zum Januar, im Oktober die offenen Stellen bedeutend vermehrt und zwar in Rheinland-Westfalen von 15 413 auf 23 500 (52,4%); in Schlessien von 3 434 auf 3 517 (2,4%); im Königreich Sachsen von 11 067 auf 15 388 (39,0%). Diese Ziffern sind ein sicheres Zeichen des günstigen Umschwunges.

In noch erheblicherem Maße kommt die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung zum Ausdruck in der Erhöhung der Einnahmen der deutschen Eisenbahnen. Der Mehrertrag der Gesamtverwaltung beläuft sich in den ersten 11 Monaten des Jahres 1909 gegenüber der gleichen Frist im Jahre 1908 bereits auf 54 597 758 Mark. Der deutsche Außenhandel hat sich ebenfalls gehoben. Die Einfuhr betrug in den ersten 11 Monaten des Jahres 1909 insgesamt 578 647 848 Doppelzentner gegen 555 750 469 im gleichen Zeitraum des Jahres 1908. Die Ausfuhr betrug 438 096 828 Doppelzentner gegen 418 310 193 in den ersten 11 Monaten des Jahres 1908.

Einzelne Industriezweige sind an dem allgemeinen Aufschwung besonders stark beteiligt. So das Baugewerbe und der Bergbau. In der Eisen- und Metallindustrie, dem „Grippe“ des deutschen Wirtschaftslebens tritt die fortschreitende Besserung deutlich in die Erscheinung. Die Roh-eisenproduktion Deutschlands liegt im Jahre 1909 gegenüber 1908 in beachtenswerter Weise. In den ersten 11 Monaten betrug die Erzeugung 925 593 Tonnen mehr wie im gleichen Zeitraum des Jahres 1908. Seit dem Monat März 1909 ist von Monat zu Monat eine stabile Steigerung der Produktionsziffern zu erkennen. Die Ausweiszahlen des deutschen Stahl-werksverbandes lassen gleichfalls gegen Ende 1909 die Besserung deutlich erkennen. Im Jahre 1909 betrug der Verkauf insgesamt 4 965 574 Tonnen gegen 4 764 393 Tonnen im Jahre 1908. Dies bedeutet für das Jahr 1909 einen Mehrertrag von 201 181 Tonnen.

Ein weiterer Beleg für die Belebung des Wirtschaftslebens ist ferner die Steigerung der Börsenkurse. Die monatliche Statistik der „Frankfurter Zeitung“ berechnet den Durchschnittskurs für die Hälfte der an der Berliner Börse gehandelten Aktien Ende November 1909 auf 168,64% gegen 147,62% zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Aktien einzelner Werke der Metallindustrie sind um 50 bis 115% gestiegen. Eine Gasglühfabrik verzeichnet sogar 238% Steigerung des Aktienkurses.

Der aus dem Dargelegten ersichtlichen Besserung des Wirtschaftslebens wird zweifellos eine Hochkonjunktur folgen. Diese Wendung kann der Arbeiterchaft nicht gleichgültig sein. In der Krisenzeit sind die Arbeitslöhne an vielen Stellen reduziert worden, die Löhne, die der Arbeiter zu tragen hat, wurden schwerer, drückender. Mit Fug und Recht verlangt die Arbeiterchaft in der kommenden Hochkonjunktur Auf-besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Hebung der Lebenslage, Sicherung der Existenzbedingungen.

Wer mithelfen will solches zu erringen, härte die gewerkschaftliche Organisation durch die Zu-führung neuer Mitglieder.

## Die Tätigkeit des Ausschusses des Gesamtverbandes im Jahre 1909.

Eine Folge intensiver Arbeit, reich an schwierigen Situationen und Kämpfen, aber auch reich an Erfolgen, wiederum von den leitenden Instanzen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung im vergangenen Jahre geleistet worden. Schon der 7. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Köln, der als erste Jubiläumsgedenkfeier tagte, war sowohl seinem Inhalte, wie seiner äußeren Gestaltung nach ein Ereignis für die gesamte christliche Bewegung der Arbeiterfrage erstrebende Arbeit. Ein Jahrjahr war verfloßen, seit auf dem Münchner Kongress einheitliche Grundzüge und Richtlinien geschaffen und damit die Bedingungen für das siegreiche Fort-schreiten der christlichen Gewerkschaftsbewegung geschaffen worden waren. Eingehend wurde zu den Fragen der gesetzlichen Sozialgesetzgebung Stellung genommen und den berechtigten Wünschen der christlich-nationalen Arbeiterchaft, insbesondere in bezug auf die Reform der Arbeiterversicherung bereitet Ausdruck gegeben. Erreut wurde auf dem Kongresse auch das Bestreben der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung erklärt und ausgedrückt. Eine schwere und wichtige Aufgabe erwarb dem Ausschuss des Gesamtverbandes durch die maßlose Hege, welche namentlich seitens der Sozialdemokratie aus Anlaß der Verabschiedung der Reichsfinanzreform gegen die christlichen Gewerkschaftsbewegung betrieben wurde. Man hatte gehofft, daß sich die christlichen Gewerkschaften wegen ihrer parteipolitischen Neutralität in der Zurückziehung der Kongresse große Reserven aufbewahren müßten und trotzdem bereit zu einem Zusammen-schluß verbleiben. Aber die christlichen Gewerkschaften hatten nicht geschlafen. Soweit es die Verfassung der Bewegung ge-ließ, wurde in Zeitungsartikeln und Versammlungen zur energiegelassen Abwehr geschritten und die rote Angriffskolonie in kürzester Zeit wegen ihrer unerschöpflichen und übertriebenen Agitationskraft in Verteidigungslage gedrängt. Die christlichen Gewerkschaften haben dem Sturm gedauert glänzend über-standen.

Als im Lager der deutschen Unternehmerverbände allenthalben Bestrebungen zeigten zur Einführung einseitiger Unternehmerzwangsarbeitsnachweise und den christlichen Gewerkschaften zu gleicher Zeit die Praxis des Unter-nehmerarbeitsnachweises der Industrie Mannheim-Rudwigshafen bekannt wurde, da wurden die Öffentlichkeit und die gesetzgebenden Faktoren auf die in diesen Instituten beruhende große Gefahr hingewiesen. Das in einer Broschüre „Mit der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises“ niedergelegte Material bildete sodann den Reizpunkt für die Interpellationen im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus, sowie zu Anträgen im bayerischen und badischen Landtage. Ein gesetzgeberischer Erfolg war dieses Vorgehen zwar bisher noch nicht beschieden; dadurch aber daß von keiner Seite auch nur der Versuch unternommen wurde, die Praxis des Mannheimer Arbeitsnachweises zu entschuldigen oder gar zu verteidigen und die Forderungen der Verwaltung des Ruhrreviers dem preussischen Handelsminister weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich der Wirksamkeit der von ihnen errichteten Arbeitsnachweises machen mußten, war der Vorstoß der christlichen Gewerkschaften immerhin von nicht gering anzuschlagendem Erfolg. Freilich wird dieser Kampf gegen die Einführung der Zwangsarbeitsnachweise weiter geführt werden müssen. Insbesondere muß es Aufgabe aller organisierten Kollegen sein, die indifferente Masse wahrzunehmen. Die genannte Broschüre kann noch immer, auch durch die Verbandszentrale in jeder gewünschten Anzahl, das Stück für 20 Pfg. bezogen werden.

An den Wahlen der Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden und in Verfolg davon den Wahlen der Beisitzer zu den Ausschüssen und Vorständen der Landesversicherungsanstalten und zu den Schiedsgerichten für Arbeiter-versicherung haben sich die christlichen Gewerkschaften in verschiedenen Bezirken intensiv und mit gutem Erfolg beteiligt. In den Provinzen Rheinland und Westfalen wurden mehrere Angehörige der christlichen Gewerkschaften gewählt. Auch in anderen Bezirken konnten Erfolge erzielt werden.

Sehr ausführlich beschäftigte sich insbesondere der Ausschuss mit den Aufgaben der Verbandsvorstände während der Wirtschaftskrise und mit dem Kapitel Arbeiter-abgeordnete und christliche Gewerkschaften. In 1 1/2 tägigen Verhandlungen wurde über letzteres Thema sowohl die programmatische wie gewerkschaftsstatistische Seite vorgetragen, wobei zum Schluß Übereinstimmung darin bestand, daß die Durchsetzung der Lohnarbeiterklasse im Volkswesen ebenso wie im Wirtschaftsorganismus nur schrittweise vollzogen könne und daß sich die christliche Arbeiterchaft in diesem steigendem Maße von der sozialistischen Gedankenwelt emanzipieren müsse.

Weiter beschäftigte sich der Vorstand mehrfach mit Besprechungen betreffend die Gewerbeordnung und Arbeitskammern.

Anfangs des Jahres 1909 wurde durch den Vorstand des Gesamtverbandes eine Konferenz veranstaltet, die sich der gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenfrage beschäftigte und zu der eine Anzahl Sachverständige aus einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden geladen waren. Man einigte sich dahin, daß einstweilen die größeren Gewerkschaften Vorarbeit für die Lösung der Arbeitslosenfrage unternehmen sollten, mit dem Ziele der späteren reichsgewerkschaftlichen Regelung.

Das „Zentralblatt“ hat durch Einführung einer „Gewerkschaftlichen Rundschau“ eine weitere Ausgestaltung erfahren. Das polnische, nunmehr unter dem Titel „Zwiazkowice“ erscheinende Organ konnte weiter vergrößert werden, während das italienische Blatt „L'Italia in Germania“ wohl infolge der Wirkungen der schlechten Wirtschaftslage einen weiteren Rückgang seiner Auflage verzeichnen hat.

Die Gewerkschaftsliteratur hat ebenfalls im vergangenen Jahre eine Erweiterung erfahren. Die Gesamthöhe des Schriftverlages sind von 17 933,96 Mk. in 1906 auf 27 481,06 Mk. (im Vorjahr 22 109,65 Mk.) gestiegen. Herausgegeben wurden im Berichtsjahr durch den Gesamtverband: 1. Wirtschaftskrisen (Auflage 5000 Exemplare), 2. Protokoll der Verhandlungen des VII. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (10 000) 3. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910 (10 000), 4. Aus-Beheimpraxis eines Unternehmerarbeitsnachweises (27 500). Weiter verdient an dieser Stelle die Schrift: „Siberts, Friedrich im Gewerkschaftsstreit? Erwählung, die ebenfalls im letzten Jahre erschienen ist. Sie wurde zwar nicht vom christlichen Gewerkschaftsverband herausgegeben, ist aber nicht ohne Bedeutung neben sonstigen Interessenten auch für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften geschrieben und verdient daher, in der Reihe systematisch vertrieben zu werden. Sie kann sehr verständlich auch durch den christlichen Gewerkschaftsverband bezogen werden.

Die hauptsächlichsten Einnahmen des Gesamtverbandes bestehen naturgemäß aus den Beiträgen, die angeschlossenen Verbände pro Jahr und Mitglied zu zahlen haben. Die für das polnische und italienische Blatt sowie aus der Buchhandlung vereinnahmten Beiträge sind nur als durchlaufende Posten anzusehen, die unter dem Kapitel „Ausgaben wiederkehren“; ähnliches gilt für den Titel „Sonstige Einnahmen“. Von den Ausgaben hielten sich diejenigen für das Zentralblatt auf annähernd der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Dagegen erforderte das Generalsekretariat in diesem Jahre wieder beträchtliche Mehrausgaben, die gegenüber 1908 auf 2 397,46 Mk. belaufen. Das im vergangenen Jahre angeforderte Berliner Zentral-Rechtschutzbüro hat sich im Berichtsjahre konstituiert und erhöht Ausgaben für eine den Bedürfnissen entsprechende

# Gewinnen wir die Abseitsstehenden und stärken wir dadurch unsere Reihen!

Einrichtung Veranlassung gegeben, die die Höhe von 1164,59 Mk. erreichten. Mit dem 1. Januar 1909 ist dann weiter das auf der Zürcher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaften beschlossene internationale Sekretariat errichtet worden. In dieses hat dem Beschlusse gemäß jede Landeszentrale einen Jahresbeitrag von 1/2 Pfg. pro Mitglied zu entrichten, was zu der im Abschluß aufgeführten Ausgabe von 1300 Mk. führte. Die Gesamteinnahmen beziffern sich auf 120472,17 Mk., denen 109089,86 Mk. an Ausgaben gegenüberstehen.

Alles in allem ergibt sich aus dem Gesagten, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes auf dem Posten ist und stets zu den jeweiligen, das gewerkschaftliche Interesse berührenden Fragen entschiedene Stellung genommen hat. Die innere Entwicklung unserer Bewegung ist infolge dieser zusammenfassenden Tätigkeit immer mehr erklart; die Stoffkraft derselben hat sich vermehrt und auch nach außen hin repräsentiert die christliche Gewerkschaftsbewegung heute eine Macht, mit der überall gerechnet werden muß. Noch unendlich mehr aber hätte auf den verschiedensten Gebieten erreicht werden können, wenn nicht noch immer so große Arbeitermassen gleichgültig unserer Bewegung gegenüberstünden. Hier weiter zu arbeiten, insbesondere die hunderttausende in der Holzindustrie tätigen, noch unorganisierten Arbeiter für unsere Bewegung zu gewinnen, muß eines jeden denkenden, vorantretenden Kollegen wichtigste Aufgabe sein.

Durchführung der wöchentlich 53 stündigen Arbeitszeit in allen Betrieben und Regelung der Ueberstunden- und Montagearbeiten.

## Berichte aus den Zahlstellen.

**Fortwangen.** Schon in der vorletzten Nummer dieses Blattes haben wir das Ergebnis der hiesigen Gewerbegerichtswahl mitgeteilt. Wir dürfen mit demselben zufrieden sein, obwohl wir noch manche Stimme mehr hätten bekommen können, wenn nicht so viele zu bequem gewesen wären, ihre Pflicht zu erfüllen. Doch darüber wollen wir jetzt schweigen, weniger aber können wir schweigen über das Gebahren der „Genossen“ vor der Wahl. Man war fast allgemein der Ansicht, daß sich die Wahl in ganz ruhiger Weise vollziehen werde. Doch diese Rechnung war ohne die roten Kampfplakate gemacht, die nur für sich die Welt in Anspruch nehmen. Diese, die den Christlichen immer den Vorwurf der Arbeiterzerpflitterung machen, haben noch um 1 Uhr bei Beginn der Arbeitszeit ein gegen uns gerichtetes Flugblatt verbreitet. Dies geschah wohl erst in letzter Stunde, um damit den verhassten „Christen“ einen zu versehen, worauf letztere dann nicht mehr antworten könnten. Da haben sie sich nun gründlich verrechnet, denn noch vor Beginn der Wahl um 3 Uhr hatten sie ihre Antwort in einem Flugblatt vom christlichen Gewerkschaftsartikel. Dies hat etwas verdunkelte Gesichter verursacht, was auch leicht zu verstehen ist, denn es enthielt nicht Lug und Verächtigung, sondern zeigte jedem die sozialdemokratische Ehrlichkeit. Das sozialdemokratische Flugblatt war auch mit den alten Lügen und Verdrehungen wie „Arbeiterzerpflitterung“, „Zentrumschutztruppen“, „Unfähigkeit der christlichen Führer“, „Lug und Trug auf christlicher Seite“ gesät. Natürlich durfte auch die Finanzreform nicht fehlen. Darüber wurden sie in unserem Flugblatt eines Besseren belehrt. Was aber die Finanzreform mit dem Gewerbegericht zu tun hat, wird wohl nicht einmal der „Genosse“ Kolb sagen können, viel weniger einer der hiesigen „Genossen“. Was die „Genossen“ in dem Flugblatt den christlichen Gewerkschaften vorwarfen, das hätten sie wohl auf sich selbst anwenden können, mit Ausnahme des einseitigen Vorwurfs, die christlichen Gewerkschaften seien Zentrumschutztruppen. Letzteren Vorwurf kann man den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht machen, aber ebensov wenig auch den christlichen. Die „freien“ Gewerkschaften aber sind die Schutztruppen der Sozialdemokratie, und diese ist wiederum die Schutztruppe des revolutionären Judentums und Freimaurertums. Wer letzteren Handlangerdienste leistet, ist sehr weit davon entfernt, das Prädikat „Arbeitervertreter“ in Anspruch nehmen zu dürfen. Auch bei der Finanzreform haben sich die „Genossen“ nicht als Schutztruppen des Zentrums bewiesen, aber auch ebenso wenig als Schutztruppen der Minderbemittelten, wozu doch auch sicher die Arbeiter gehören. Dafür war man aber eine zuverlässige Schutztruppe des Großkapitals, der Sekt- und Automänner. Es heißt dann auch in diesem Flugblatt, die Existenz der christlichen Arbeiterorganisationen bestehe nur aus Lug und Trug. Eine solche Verleumdung sollte man andern auch dann nicht ins Gesicht schleudern, wenn man sich gegen einen Gegner nicht mehr anders zu helfen weiß. Auf was stützt sich da die Existenz einer Organisation, die solches schreibt? Weiter heißt es in dem Flugblatt, daß sich diese Krankheit auch auf die Mitglieder der hiesigen christlichen Gewerkschaften übertragen habe. Wir fragen nun die oder den Flugblattschreiber, wo und wie sie das beweisen können und erklären die Verbreiter so lange als gemeine Verleumder, bis sie uns den Beweis erbracht haben, daß dieser Vorwurf begründet ist. Verleumdungen kann schließlich jeder, auch der Dummkopf. Was leistet nun denn hier die „Genossen“ für die Arbeiter? In damit der Arbeiterschaft geholfen, wenn man Behältnisse füllt, dieselben aber nicht ausfüllt? Ist das Nut oder Neht es nicht aus wie Trug? Oder ist es soziales Verständnis von „patientierten Arbeitervertretern“, wenn sie beschließen, einen kurz vorher von ihnen gewählten und von der Fabrikleitung verlangten Arbeiterauschuss aufzulösen? Was treibt da dahinter? Wie manche Arbeiter wären froh, wenn man ihnen einen Arbeiterauschuss gewähren würde. Wie oft mußte schon um eine Arbeitervertretung gekämpft werden. Solche Sprünge machen hier nicht die „vermaledeiten Christen“, sondern „weil geistigere Leute“. Freilich auch keine, die die Weisheit mit dem Pöbel gegessen haben. Das müssen Arbeiterfreunde sein, nicht wahr? Es sieht dann noch von Verhehung der Arbeiter von seiten der Christlichen in diesem von „Wahrheit“ triefenden Blatt. Neht sonderbar hört sich solches aus dem Munde der „Genossen“ an, da bekanntlich niemand mehr die Arbeiterschaft versteht, als diese selbst. Wohl keine Organisation wird die Zerplitterung der Arbeiter mehr bedauern als die christlichen Arbeiter, aber der Ansicht sind wir nicht wie die Sozen, daß alle Arbeiter jemals eine Ueberzeugung erlangen werden. Die „Genossen“ können „Sozen“ bleiben. Die Genossen aber wollen keinen Frieden, sie wollen aber auch nicht, daß es dem Arbeiter besser gehe, denn sie verdanken ja ihre Existenz einzig und allein der Unzufriedenheit und um diese zu erreichen, scheuen sie vor keinem Mittel zurück. Ihr Gebahren bei der Gewerbegerichtswahl hat uns nichts geschadet, es hat im Gegenteil schon manchen aus dem Schlafe der Gleichgültigkeit geweckt, so daß wir nur Nutzen haben werden.

Noch eine dritte Biste ist auf der Bildfläche erschienen, die aber auch bald wieder verschwand. Dieselbe war von den Nichtorganisierten, den sog. „Selben“, eingereicht worden. Diese großen Geister brachten es auf ganze 55 Bettel, wofür sie einen Sitz vor der Tür betamen. Das diese Bente auch schließlich keine Eigen-

schaften zum Gewerbegerichtsbeisitzer haben, muß man schon aus der Zusammensetzung ihrer Kandidatenliste schließen. Darauf standen zwei Personen verzeichnet, die nicht wählbar waren. Wie werden aber sich diese mit großen Augen angesehen haben, als ihnen beim hiesigen Gewerbegericht der richtige Platz angewiesen wurde. „Morgen ist Wahltag, Wahltag“, sagte in prahlerischem Ton am Tag vorher einer der überall Liebling sein will, zu einem Fabrikanten. „Morgen werden wir den Organisierten einmal zeigen, daß wir auch da sind.“ Der Fabrikant gab seiner Freude darüber Ausdruck, indem er erklärte, das hätten sie schon längst gewünscht, daß hier einmal eine gründliche Scheidung der Geister vor sich ginge, damit man einmal ein Bild bekäme, wie viele organisiert seien und wie viele nicht. Der „Prophet“ offenbarte ihm darauf, daß er sich darauf verlassen könne, daß es morgen eine gründliche Scheidung der Geister gebe. Nun die Scheidung der Geister hat stattgefunden, aber so, daß man es nachher den „Selben“ ansah, daß sie vor lauter Scheidung fast gar keinen Geist mehr hatten, denn sie ließen die „Flügel hängen“ bis auf den Boden. Wägen sie sich die Scheidung merken. An unsere Kollegen sei aber die Bitte gerichtet, die durch die Gewerbegerichtswahl geschaffene Situation auszunützen, um auch den letzten Indifferenten zu unserer Fahne zu bringen. Jetzt ist die Zeit der Ernte, jetzt muß gearbeitet werden. Kollegen agitiert für den Zentralverband christl. Holzarbeiter, wo ihr nur könnt.

**Altenstein.** Die sozialdemokratische Holzarbeiter-Zeitung beschäftigt sich in der Nummer 12 mit unserer Zahlstelle. Auf den Blödsinn, der dort von einem Geistesheben verzapft wird wollen wir, soweit es die Androhung von Prügelein gegen unseren Bezirksleiter betrifft nur erklären, daß der rote Skribistag sich dieses aus den Fingern gesogen hat. Glaubt er, unsere Kollegen machten das wie es bei den Sozialdemokraten Sitte ist? Sollen wir jegliche Gauleiter des roten Holzarbeiterverbandes nennen, welche vor ihren eigenen Kollegen flüchten mußten? Viele Kollegen von Altenstein wissen, daß unser Bezirksleiter Schopohl, zu dem wir volles Vertrauen hegen, nur zu unserm Besten arbeitet. Bei uns gibt es keine Demagoguen, welche wohl von einem Zukunftsstaat schwärzeln der nur ein Phantasiegebilde ist. Wenn wir eine Lohnbewegung eingeleitet haben, so geschieht das, um endlich mal bessere Zustände im Altensteiner Tischlergewerbe zu schaffen. Wenn weiter von der Absicht der Austeilung von Prügelein an „Genossen“ phantasiert wird, so bezeichnen wir den Skribistag als einen gewissenlosen Verleumder und ersuchen wir ihn, doch mal seinen Namen zu nennen, daß wir an anderer Stelle denkwürdig mit ihm reden können und er den Beweis für seinen Schwindel erbringen kann. Wie sagt der Sozialist Duari? „Wir Sozialdemokraten sind eine prinzipientreue Partei aber wir mögeln wo wir mögeln können.“ Es jammert der Januarmeyer weiter von christlichem Terrorismus. Wir fragen den „Genossen“ mal, wer es gewesen ist, der unseren Vorstehenden um Arbeit und Brot gebracht hat? Man sucht sonst niemand hinter dem Busch, hinter dem man nicht selbst gelegen hat. Nachfolgende Resolution zeigt aber, wie die Stimmung unserer Mitglieder gegen unseren Bezirksleiter Schopohl ist.

Die am Sonnabend d. 19. März abgehaltene außerordentliche Versammlung, welche von 36 Mitgliedern besucht war, nimmt Kenntnis von dem Schmuzartikel der Holzarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 12 aus Altenstein. Die Anwesenden erklären einstimmig, daß der Kollege Schopohl von Anfang an sich die größte Nähe gegeben hat, für die Tischler die Verhältnisse zu verbessern. Sie werden nach wie vor mit dem Bezirksleiter arbeiten und wird der sozialdemokratische Artikel anstatt unsere Kollegen auseinander zu bringen nur dieselben noch fester aneinander schweißen.

Kollegen! Jetzt heißt es erst recht auf dem Posten sein und den letzten indifferenten Kollegen herangeholt. „Bereinte Kraft gar großes schafft; verloren geht, wer einsam steht“

**Kagen.** Das Jahr 1909 kann auch für Kagen in wirtschaftlicher Beziehung als kein allzu rosiges bezeichnet werden. Ein großer Teil der Kollegen, besonders die der Waggonfabriken, hatte unter der Arbeitslosigkeit sehr zu leiden. Hoffentlich werden diese jetzt endlich einmal zu der Einsicht kommen, daß nur durch den Anschluß an den Verband ihnen der Rücken gestärkt und sie nur dadurch vor der äußersten Not geschützt werden können. Im übrigen kann hervorgehoben werden, daß im allgemeinen die organisierten Kollegen, dank der Kollegialität, immer schnell wieder in Arbeit waren. Möge dieser Hinweis genügen, auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung jeden mehr noch an seine Pflicht zu erinnern. Wie überall, wird die schlechte Konjunktur in den meisten Fällen von den Arbeitgebern benutzt, ihren Arbeitern Lohnabzüge und Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis aufzubringen. Diesem Vorgehen ist, dank dem Eingreifen des Verbandes, ein Damm entgegengekehrt worden, indem dieser für das hiesige Schreinergerber im vorigen Jahre einen Tarif abschloß. Auf den Beständen, wo organisierte Kollegen beschäftigt waren, wurde der Lohn am 1. Juli um 2 Pfg. pro Stunde erhöht, dadurch ist jedem Schreinergerber jährlich etwa 57,00 Mk. als Mehrerdienst in die Tasche geflossen. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit ist es jedem Kollegen ermöglicht, rund 16 Tage jährlich mehr als früher sich der geistigen und körperlichen Erholung zu widmen. Diese Umstände allein müßten genügen, auch dem rückständigsten Arbeiter die Augen zu öffnen, um sich unserem Verbande anzuschließen und geru den Kollegenbeitrag von 60 Pfg. zu zahlen, von den Arbeitslosen, Krankenunterstützungen und Rechtshilfe usw. ganz abgesehen. An dieser Stelle sei auch kurz darauf hingewiesen, daß mancher Ueberfluge, der glaubte, ohne Verband und ohne Opfer zu bringen, die Vorteile des Tarifs für sich einzufleischen, durch das Vorgehen der Arbeitgeber eines Besseren belehrt worden ist.

Versammlungen fanden 25 durch, davon waren 17 Mitglieder- versammlungen, in denen fast durchweg belehrende Vorträge gehalten wurden. Um das innere Verbandsleben fester zu gestalten wurden 15 gemeinsame Vorstands- und Vertrauensmännerkungen abgehalten. Um die Offenheit über Zwecke und Ziele unseres Verbandes aufzuklären, erschienen an drei öffentlichen Versammlungen notwendig. Die jeden Freitag, abends, stattfindende Geschäftsstunde hat sich auch in diesem Jahre bewährt. Zur geistigen Bildung steht den Mitgliedern eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung, die aber besser benutzt werden könnte.

Der Kassenbericht weist folgende interessante Zahlen auf: Einnahmen 7255,56 Mk., Ausgaben (darunter an die Hauptkass 2307,78 Mk.) 4947,78 Mk., Arbeitslosenunterstützung wurde

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. März fällig ist.

Die Zahlstelle Wetzl. i. S. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 15 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 65 Pfg.)

### Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

#### Der Jazug ist fernzuhalten

Schreiner und Maschinenarbeiter: Zuffenhausen, Bad Degenhausen (Diefli & Steinmeier).  
Lapiezierer: Hannover, Essen-Ruhr.  
Dürrschneider: Rißerhammer (Wolfs).

**Zur Tarifbewegung der Lapiezierer in Offen-Ruhr.** Zweck Abschluß eines Tarifvertrages fanden am Freitag den 11. März in Köln Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen statt. Dieselben haben jedoch nicht zu einer Einigung geführt, da die Arbeitgeber zu wenig Entgegenkommen zeigten in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, sowie der Lohnhöhung. Zunächst erklärten sich die Arbeitgeber bereit, eine Lohnzulage von 2 Pfg. am 1. April 1911 und 1 Pfg. am 1. April 1912 zu gewähren. Da dieses Angebot für die Kollegen undiskutabel war, wurden zunächst die übrigen Punkte des Entwurfs beraten. Am Schluß gelangt, kam die Lohnfrage noch einmal an die Reihe. Schließlich wurde folgendes Zugeständnis seitens der Arbeitgeber gemacht; am 1. April 1910 — 1 Pfg., am 1. April 1911 — 1 Pfg. und am 1. April 1912 abermals 1 Pfg. Zulage auf alle bisher gezahlten Löhne. Dagegen wurde die Erhöhung der Mindestlöhne rundweg abgelehnt und die Einführung der 53 stündigen Arbeitszeit am 1. Januar 1913 in Aussicht gestellt. Da die Kollegen ursprünglich nur mit einer zweijährigen Tarifdauer rechneten, konnten auf diese Zugeständnisse bindende Erklärungen nicht abgegeben werden. Eine am 14. März stattgefundene gemeinsame Versammlung der Gehülfen erklärten die bisherigen Zugeständnisse für nicht befriedigend. Da am 1. April der alte Tarif abläuft, wurde einstimmig beschlossen, sofort die Kündigung einzureichen. Mit Rücksicht auf die voraussichtlich 3 jährige Vertragsdauer ist den Arbeitgebern als Resultat der Versammlung inzwischen ein neuer Vertragsentwurf unterbreitet. Derselbe sieht unter anderem vor, die sofortige Einführung der 53 stündigen Arbeitszeit, 3 Pfg. Lohnhöhung am 1. April 1911 und abermals 2 Pfg. am 1. April 1912.; außerdem die Erhöhung der Mindestlöhne von 40 auf 43 bzw. 45 im ersten und von 45 auf 48 Pfg. bzw. 50 Pfg. im zweiten Gesellenjahre. Sollten die Arbeitgeber ein weiteres Entgegenkommen nicht zeigen, so sind die Gehülfen gezwungen, von dem äußersten Mittel Gebrauch zu machen. Die schon bei den Verhandlungen erwähnte, von den Essener Hausbesitzern angekündigte Mietserhöhung ist inzwischen bereits eingetreten. Es ist auch dieses für die Kollegen ein Grund mit, um so nachdrücklicher die Forderung zu vertreten.

**Lohnbewegung der Lapiezierer in Ostf.** Unsere Ostf. Kollegen stehen im Begriff, gemeinschaftlich mit den gegnerischen Organisationen die Verhältnisse im Berufe tariflich zu regeln. Der Tarifentwurf ist bereits ausgearbeitet und soll unverszüglich eingereicht werden. In der Hauptsache wird gefordert einen Mindestlohn für Ausgelernte von 45 Pfg., nach einjähriger Gesellenzeit 48 Pfg. und für ältere Gesellen 56 Pfg. pro Stunde. Ferner Lohngarantie bei Arbeitslosigkeit, die

